

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Preiszelle oder deren Raum 80 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Gewerbliche Jugendpflege.

-o- Da aus den Wirrnissen dieser zerrüttenden Zeit letzten Endes die Welt doch wieder in festere Angeln geraten und ihre Gestaltung erfahren muß, darf der Blick an keinerlei Vorgänge achlos vorübergehen. So sehr auch vieles noch, problematisch sein mag von dem, was für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erörtert bzw. unternommen wird; in jedem Fall ist es wichtig, Richtlinien zu beachten, die daraus sich erkennen lassen. Wer einigermaßen verfolgt, wie die Arbeitgeber — Industrielle wie Handwerksmeister — vorsorgliche Maßnahmen erwägen, die der Schaffung eines starken gewerblichen Nachwuchses dienen sollen, der findet dadurch reiche Anregung für die gewerkschaftliche Betätigung. So vieles auch in den Plänen der Arbeitgeber oder deren Berater sich zeigen mag, das den Widerstand hervorrufen muß, so findet sich in ihnen jezt doch auch manches von dem, was von den Gewerkschaften schon früher vertreten wurde. Die Not zwingt die Unternehmer zu Tugenden, denen sie bisher kein Hausrecht einräumen wollten. Selbstverständlich bildet die Sorge um die beste Förderung eines ertragreichen Unternehmens die Triebkraft zur Reform — das kann indessen kein Grund sein, ihr in allem zu begegnen. Vielmehr muß sie genutzt werden, um durch sie eine bessere Zukunft begründen zu helfen.

Welche Bedeutung die Unternehmer der Pflege des gewerblichen Nachwuchses beimessen, und wie sie diese zu betreiben gedenken, das geht aus zahlreichen Artikeln in ihren Zeitschriften hervor. Besonders Interesse beanspruchen die Abhandlungen des Geschäftsführers des Hamburgischen Landesverbandes für Jugendpflege, Fr. Kuhlendahl, die unlängst in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ erschienen. Darin wird gesagt, daß die Stimmen sich mehrten, die von den Arbeitgebern oder deren Organisationen verlangten, sich mehr der Jugendpflege anzunehmen, um sich in dieser nationalen Angelegenheit die Führung zu sichern! Die Parole des Klassenkampfes, die auch in diese Erziehungsarbeit früher hineingetragen worden sei, werde wenigstens in der ersten Zeit nach dem Friedensschluß nicht zu laut sein! Die Zeit sei deshalb günstig, so daß sich die Arbeitgeberekreise darauf besinnen müßten, ob und inwieweit sie die Erziehung ihrer jungen Arbeitnehmerschaft in erhöhtem Maße in Angriff nehmen wollen.

Als planvollste und für den jungen Mann erspriechlichste Bildung empfiehlt Kuhlendahl die berufliche oder Fachschulung. Diese soll schon beim Knaben beginnen, und deshalb steht für ihn im Mittelpunkt der ganzen Ausbildung das Jugendheim. „Es hat an den Werktagmittagen seine Pforten für die Knabenabteilungen geöffnet. Eine geräumige Turnhalle muß bis zu 200 Knaben aufnehmen können, die dort unter Aufsicht und Anleitung eines jungen Gehilfen spielen und turnen. Eine andere Anzahl verteilt sich in Werkstätten, wo sie in die Geheimnisse des Handwerks eingeführt werden. Papp- und Buchbinderarbeiten sind die ersten Aufgaben; der Fortgeschrittene kommt in die Holzbearbeitungswerkstätte, wo er die Grundbegriffe des Tischlerns erlernt, oder in die Metallwerkstätte, wo er den Schraubstock, die Feile und das Schweißfeuer, den Vorhammer handhaben lernt. Alle angefertigten Gegenstände sind Eigentum des Herstellers, der für das verwandte Material und die Werkzeugabnutzung eine Kleinigkeit zahlt. Durch diese Lehrturse wird die manuelle Geschicklichkeit erlangt und gefördert, und die so erworbene Kenntnis ist wohl geeignet, den Jungen bei der Berufsergreifung zu beraten und auf ein Gebiet zu führen, das er vielleicht nicht in den Kreis der Betrachtungen ziehen würde, jezt aber ihm den Erfolg sicher macht.“ Ferner müsse Vorkehrungen getroffen sein für anregende Unterhaltung und geistige Ausbildung, auch hierfür gesunde Körperkultur nicht fehlen.

Kann schon diesem Programm für die gewerbliche Vorbildung der Knaben eine gewisse Weitsichtigkeit zugesprochen werden, so trifft das in nicht geringerem Maße auf das für die Schulklassen zu. Der Abend soll den erwachsenden jungen Leuten gewidmet werden, die dann die Werkstätten des Jugendheims füllen. „Diese Arbeit ist auch jezt, wo die Knaben bereits „in festen Händen“ sind, nicht unbedeutend; denn außer, daß ein Tischlerlehrling auch in den Anfangsgründen der Metallarbeit Bescheid wissen oder sich selbst ein Buch einbinden können soll, ist festzustellen, daß junge Kaufleute und ungelernete Arbeiter ebenfalls Mitglieder des Jugendvereins sind. Diese in handwerklicher Richtung auszubilden, wird nicht nur bei den sogenannten ungelerneten Arbeitern den Wunsch nach Erlernung eines Handwerks wecken, sondern der junge Bureauangestellte, der noch immer mit einer gelinden Verachtung seinen ehemaligen Schulamerabenden betrachtet, der keinen Krater tragen darf und sich bei der Arbeit die Finger schmutzig macht, wird durch die eigene, selbständige Beschäftigung mit Handarbeiten gelehrt, bekommen vor dem Gewerbe und erkennen, wie notwendig diese Tätigkeit für das Volk ist. So wird ein gegenseitiges Sichverstehen angebahnt und damit für die Zukunft ein besseres Verständnis für staatsbürgerliche Pflichten erweckt und gefördert.“ Besonderer Wert sei auch zu legen auf die körperliche Erziehung durch Sport und Sport. Alle Voraussetzungen seien zu schaffen, damit die

Jugend geistige Bedürfnisse befriedigen und Liebhabeereien nachgehen könne. Dazu soll der Gruppenbetrieb dienen. „Wer literarische Interessen hat, liebt die dramatische Abteilungs, die zugleich auch die Schauspielerguppe des Hauses ist. Der Musiker mit dem Blas- und Streichinstrument findet Verwendung im Hausorchester, der Stenograph hat seine Abteilung ebenso, wie es Gruppen für Betrachtung geschichtlicher, naturwissenschaftlicher, philosophischer (letztere aber mit Vorsicht), künstlerischer, berufsfachlicher oder staatsbürgerlicher und rechtlicher Fragen gibt. In diesen unter völliger Selbstverwaltung stehenden Gruppen ist ein älterer Freund oder ein gutes Buch der Führer.“

Den Vorwurf, als ob so Halb- und Verworrenheit gezeitigt würde, hält der Verfasser für unberechtigt; das Gegenteil sei der Fall. „Der also Beschäftigte lernt sich freizumachen von der Tagesmeinung und von Zeitungsstil und Phrasen und erlebt in sich ein allmähliches Erwachen seiner geistigen Fähigkeiten, die er nie wieder verlieren wird, aber auf seine Nachkommenschaft zu vererben sucht. So ist ein Weg beschritten, den geistigen Stand des Volkes zu heben, es in seinem Denken selbständiger zu machen, und indem man sich bemüht, objektives und wissenschaftliches Denken zu erziehen, löst man den einzelnen von einseitigen Voraussetzungen und macht ihn kritisch gegenüber Parteiphrase und Allerweltsgewäsch.“ Damit die Jugend immer im Bann gehalten wird, soll der Sonntag durch Veranstaltungen allgemeiner Natur ausgefüllt werden. Diese sollen gleichsam als Reg dienen, um die Jugendlichen zu fischen. Im Interesse des „höheren Zweckes“ hält man das wohl für geboten. Soll doch der Lehrlingsverein sein „ein Helfer zur Berufstreue und ein Erzieher zur Wahrheit, Gottesfurcht und Vaterlandsliebe“.

Wenn nach Kuhlendahl die Arbeitgeberschaft in erster Linie aus humanitären Gründen die Ausbildung der Jugend fördert, so weiß sie mit ihm aber „auch sehr wohl, daß die Summen, die für diese Zwecke ausgegeben werden, kein Kapital à fonds perdu sind, sondern daß sie Zinsen tragen, reichlicher als anderes Kapital. Gewiß sind die Ergebnisse nicht nur klingende Münze, sondern ideale, unsichtbare und daher nicht im Geldmaßstab ausdrückbare Werte, aber letzten Endes nehmen sie auch wieder die Gestalt von greifbaren Werten an, die deutlich machen, daß sich jede gute, selbstlose Tat bezahlt macht.“ Eine so planmäßig angelegte Jugendpflege kostet natürlich den Unternehmern Geld. Es wird aber damit gerechnet, daß der Staat ferner noch mehr Mittel diesen von den Arbeitgebern begünstigten Vereinen zur Verfügung stellt. Verspreche doch diese Art Jugendarbeit außer ideellem Erfolg „wirtschaftlich höheren Ertrag als jede andere Wohlfahrtsarbeit und damit auch die Aussicht auf ein reicheres Ergebnis der verwendeten Mittel“.

Mit aller Deutlichkeit weisen die Darlegungen auf die Tendenzen hin, die der von den Arbeitgebern zu betreibenden Jugendpflege innewohnen soll. Wenn auch die Handwerksmeister die Aufgabe viel enger abstecken, so verschließen sie sich doch keineswegs der Notwendigkeit, die Heranbildung eines gewerblichen Nachwuchses besser zu betreiben. Auch sie wollen, wie Berichte über Innungsstagnationen melden, mit manchem Schlandrian brechen. Beide Gruppen gehen über die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen hinweg. Da sie bei der Frage des Lehrlingswesens an diesen nicht vorüber können — für dessen Regelung im Holzgewerbe bekanntlich schon gemeinsame Beratungen stattfanden —, so wird es nicht zuletzt von der Kraft der Gewerkschaften abhängen, welchen Einfluß sie auf die allgemeine Ausbildung auszuüben vermögen. Wird die von den Unternehmern und dem Staate unterhaltene Jugendpflege gegen die Arbeiterbewegung gerichtet, so wird ihr damit ein Charakter gegeben, die den Klassenkampf auch auf diesem Gebiete ohne weiteres erzwingt.

Die Lücken, die der Krieg auch unter den Qualitätsarbeitern gerissen hat, bedürfen der Ausfüllung. Möglicherweise wird der Bedarf an befähigteren Kräften sich sogar stärker als bei normaler Entwicklung steigern, so daß eine besondere Ausbildung sich notwendig macht. Was wir schon des öfteren betont haben, dürfte zur Wirklichkeit werden; daß nämlich die gewerbliche Jugendpflege zu einer öffentlichen Frage wird, die am besten zentral gelöst wird, aber ihre praktische Regelung in der Kommune findet. Da wird es darauf ankommen, den Gewerkschaften den notwendigen Einfluß zu sichern. Erhält das Gewerbe einen Leistungsfähigen und geistig gebildeten Nachwuchs — wobei auch das weibliche Geschlecht zu berücksichtigen ist — so wird dieser auch für die Arbeiterbewegung bedeutungsvoll.

Das Reichsversicherungsamt und die gewerkschaftliche Krankenunterstützung.

Das Reichsversicherungsamt hat unterm 28. Juli 1916 eine Bekanntmachung erlassen, die das erhöhte Krankengeld für Unfallverletzte zum Gegenstand hat. Die Reichsversicherungsordnung enthält die in Betracht kommenden Bestimmungen in den §§ 573 bis 577, überläßt es aber im § 578 dem Reichsversicherungsamt, das Nähere zur Ausführung dieser Paragraphen zu bestimmen.

Für die Versicherten besagt die Bekanntmachung, was auch bereits im Gesetz enthalten ist, daß das Krankengeld eines Unfallverletzten vom Beginn der fünften bis zum Ablauf der dreizehnten Krankheitswoche auf $\frac{1}{2}$, das Hausgeld auf $\frac{1}{3}$ des Grundlohnes erhöht wird, der für den Verletzten bei seiner Krankentasse maßgebend ist. Das Hausgeld (Zuschuss), das an in einer Heilanstalt untergebrachte Kranke gezahlt wird, die keine Angehörigen zu unterhalten haben, wird um den gleichen Bruchteil seines Betrages erhöht, um den das gewöhnliche Krankengeld zu erhöhen wäre, bis zum Höchstbetrage von $\frac{1}{2}$ des Grundlohnes. Die Auszahlung dieser Mehrleistung erfolgt in der gleichen Weise wie die des Kranken- oder Hausgeldes selbst durch die Krankentasse. Dieser ist aber für den Mehrbetrag der Unternehmerschaft ersatzpflichtig, sofern nicht die Berufsgenossenschaft durch ihre Satzung die Mehrleistung in allen Fällen übernimmt. Hat die Krankentasse dem Verletzten über die dreizehnte Woche hinaus eine Entschädigung zu leisten, dann muß sie ihren Ersatzanspruch bei der Berufsgenossenschaft anmelden.

Besondere Beachtung verdient der § 6 der Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes, der von der Kürzung des Krankengeldes in dem Fall handelt, daß der Verletzte gleichzeitig Krankengeld aus einer anderen Versicherung erhält. Dieser Paragraph ist dem § 189 der Reichsversicherungsordnung nachgebildet, er enthält aber, darüber hinausgehend, einen zweiten Absatz folgenden Wortlautes:

„Die Kürzung des Krankengeldes setzt nicht voraus, daß der Verletzte einen Rechtsanspruch auf das Krankengeld aus der anderen Versicherung hat.“

Eine solche Bestimmung war bisher in der Reichsversicherungsordnung nicht enthalten. Sie richtet sich gegen die Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern einen Zuschuß zur Krankenunterstützung gewähren. Sie ist die Konsequenz eines Urteils, welches der zweite Revisions Senat des Reichsversicherungsamtes am 16. November 1914 gefällt hat. Durch dieses Urteil ist ausgesprochen worden, daß der Abzug der gewerkschaftlichen Unterstützung vom Krankengeld zulässig ist, obwohl die Statuten der Gewerkschaften einen Rechtsanspruch der Mitglieder auf die Unterstützung ausschließen.

Das Reichsversicherungsamt hat sich bei diesem Urteil nicht an den Wortlaut des Gesetzes gehalten, welches von „Krankengeld aus einer anderen Versicherung“ spricht, sondern auf die Entstehungsgeschichte des § 189 der Reichsversicherungsordnung zurückgegriffen und daraus gefolgert, daß die Krankentassen die Bezüge aus den Gewerkschaften in Anrechnung bringen können, selbst wenn ein Rechtsanspruch der Mitglieder auf diese nicht besteht. Dieses Urteil des Reichsversicherungsamtes hat damals bedeutenden Aufsehen erregt. Es wurde allgemein als eine Unfreundlichkeit gegen die Gewerkschaften empfunden, die um so auffälliger war, als das Urteil in der Maienblüte des Burgfriedens gefällt wurde.

Auch die Konferenz der Vertreter der Verbände vorstünde im Februar 1915 hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Generalkommission wurde ersucht, auf eine anderweitige gesetzliche Regelung der Rechtslage hinzuwirken. Im Falle des Nichterfolges dieser Bemühungen würden die Gewerkschaften zu einer Neuregelung ihrer Satzungen Stellung nehmen. Die Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes vom 28. Juli ist die Antwort auf diese Bemühungen, welche die Gewerkschaften vor die Notwendigkeit stellt, zu prüfen, ob sie ihre statutarischen Bestimmungen über die Krankenunterstützung aufrechterhalten können.

Der hauptsächlich in Frage kommende § 189 der Reichsversicherungsordnung — der § 6 der Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes, der sich auf die §§ 578 und 1083 der Reichsversicherungsordnung stützt, ist nur eine Konsequenz aus dem § 189 — gestattet den Krankentassen, durch ihre Satzung die Kürzung des Krankengeldes ganz oder teilweise auszuschließen; und viele Krankentassen haben von diesem Recht Gebrauch gemacht, aber nicht alle. Es gibt noch viele Kassen, die auf das Kürzungsrecht nicht verzichten. Diesen Kassen besondere Zuwendungen zu machen, haben die Gewerkschaften keine Veranlassung. Soweit die Gewerkschaften Krankenunterstützung eingeführt haben, wollen sie ihren Mitgliedern helfen, sie sollen einen Zuschuß zu den Leistungen der Krankentassen beziehen.

Noch ein anderes Moment kommt in Betracht. Die Krankentassen, die berechtigt oder sogar verpflichtet sind, die von den Gewerkschaften bezogene Krankenunterstützung anzurechnen, werden nun das Bedürfnis empfinden, sich darüber zu orientieren, ob ihre Krankengeld beziehenden Mitglieder einer Gewerkschaft angehören. Ist eine solche Nachforschung, wenn sie von einer Orts- oder Innungskasse ausgeht, nicht gerade erfreulich, so ist sie direkt bedenklich, wenn die Leitung einer Betriebskrankentasse das Bedürfnis empfindet, sich über die gewerkschaftliche Organisation der Versicherten zu orientieren. Stellungnahme des Reichsversicherungsamtes berührt also die Interessen der Gewerkschaften auf das lebhafteste, und diese werden genötigt sein, die erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Soziales.

Der Reichskanzler über Ernährungsfragen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der Wünsche und Vorschläge zur Volksernährung gemacht wurden. Auf diese Eingabe hat der Reichskanzler in einer längeren, vom 10. August datierten Zuschrift an die Generalkommission geantwortet. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„In dem Wunsche, die vorhandenen Lebensmittel möglichst gleichmäßig und gerecht zu verteilen und die Lebensmittelpreise noch während des Krieges auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, bin ich mit Ihnen einig. Daß dieses Ziel noch nicht vollkommen erreicht ist, daß noch Mängel bestehen, deren Beseitigung dringend erwünscht ist, erkenne ich an. Die Errichtung des Kriegsernährungsamtes und dessen bisherige Tätigkeit legen Zeugnis von dem Bestreben ab, eine möglichst schnelle und möglichst nachhaltige Besserung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu erzielen. Soweit die Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel in Frage kommt, ist auch eine Besserung der Zustände unverkennbar. Durch die Verordnung vom 20. Juli 1918 ist eine das gesamte Deutsche Reich umfassende Bewirtschaftung und Verteilung der vorhandenen Speisefette eingeleitet. Eine ähnliche Regelung für Fleisch und für Eier steht unmittelbar bevor. Die Verhältnisse im Gemüse- und Obstmarkt gehen gleichfalls einer Klärung und Regelung entgegen. Die Verordnung vom 15. Juli 1918 dient zur Vorbereitung der Maßnahmen, die sich auf Grund der Erfahrungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst noch als notwendig erweisen werden. Maßnahmen ähnlicher Art, die sich auf andere wichtige Nahrungs- und Gebrauchsmittel beziehen, werden vorbereitet. Mit der Ausdehnung des Kreises der von der allgemeinen Verbrauchsregelung erfaßten Gebrauchsgüter ergibt sich auch in immer größerem Maße die Möglichkeit, die noch vorhandenen Ausfuhrverbote einzuschränken oder zu beseitigen, insofern sie nicht gerade durch die vorgenommene Rationierung bedingt sind.“

Die Preise einiger wichtiger Lebensmittel sollen in absehbarer Zeit einen allmählichen Abbau erfahren. Für Futtermittel und für einzelne aus Getreide hergestellte Nahrungsmittel, insbesondere Grieß und Graupen, kann dieses Ergebnis schon jetzt in Aussicht gestellt, für Fleisch wenigstens erhofft werden.

Mein Bestreben ist auch im Hinblick auf den Uebergang der Kriegs- in die Friedenswirtschaft darauf gerichtet, die Preise für möglichst viele Lebensmittel allmählich zu senken. Es bestehen hier aber sehr große, in der Sache liegende Schwierigkeiten, die es unmöglich machen, die Preise aller Lebensmittel durch behördliche Anordnungen zu beeinflussen. Die Gesetze des Wirtschaftslebens erweisen sich auch im Kriege vielfach stärker als die Staatsgewalt und machen es unmöglich, die Sicherung des Bedarfs, die in erster Linie stehen muß, mit niedrigen Preisen zu vereinbaren.

Insbesondere wird bei den bedeutendsten Massen-ernährungsmitteln, bei Brot und Kartoffeln, an eine Herabsetzung der Preise zurzeit nicht gedacht werden können. Die Preise können aber auch nicht als unangemessen bezeichnet werden.“

Der Reichskanzler begründet dann die gegenüber dem zehnjährigen Durchschnittspreis von 1905/1914 um 28 Prozent erhöhten Roggenpreise mit den erhöhten Aufwendungen, die auch die Landwirtschaft während des Krieges machen muß, und verweist auf die Schwierigkeiten der Sicherung des Speisefettbedarfes. Ohne den festgesetzten Höchstpreis von 4 Mk. konnte eine Verantwortung für die Sicherstellung des Speisefettbedarfes nicht übernommen werden. Dann fährt er fort:

„Die auch von mir bedauerten Preistreiberien und Spekulationen auf dem Lebensmittelmarkt sind nicht vollständig zu unterbinden. Zu ihrer Unterdrückung sind im Wege der Gesetzgebung wie der Behördenrichtung Maßnahmen getroffen. Soweit sie sich nicht als ausreichend erweisen, sollen sie ergänzt und erweitert werden. In der Beurteilung jeglicher Form von Kriegswucher und dem Bestreben, dies giftige Uebel auszurotten, kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen.“

Es darf aber über den vorhandenen Mangel und den unersättlichen Schwierigkeiten, die sich der Ernährung des Volkes entgegenstellen, nicht übersehen werden, daß die Ursachen dieser Schwierigkeiten letzten Endes nicht in den Mängeln unserer Einrichtungen, sondern in den englischen Absperrmaßnahmen zu suchen sind. Es will mir scheinen, als wenn in den Erörterungen über die Ernährungsschwierigkeiten die englischen Aushungerungspläne gegenwärtig allzusehr in den Hintergrund getreten seien. Dadurch wird die Stimmung der Bevölkerung in eine falsche Richtung geleitet und die notwendige Verständigung über die besten Wege zur Ueberwindung der Ernährungs-schwierigkeiten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen erschwert. Ich würde es mit Dank begrüßen, wenn sich die Ihrem Einfluß zugängliche Presse angelegen sein ließe, diesem letzten Grund aller Ernährungs-schwierigkeiten zu der ihm gebührenden Beachtung zu verhelfen. Das sollte um so mehr geschehen, als gesagt werden darf, daß die allem Völkerverständnis hohnsprechende englische Kriegführung auf wirtschaftlichem Gebiete schließlich ebenso wirkungslos bleiben wird, wie sie verwerflich ist. Nicht vernachlässigt die Schwierigkeiten. Über dank der guten Ernte dieses Jahres kann das deutsche Volk mit ruhiger Sicherheit dem Stege und dem Frieden entgegensehen.“

Es ist sehr erfreulich, daß der Reichskanzler die Absicht hat, die Preise einiger wichtiger Lebensmittel allmählich abzulassen, zu erwünschten bleibt aber, daß auch die Konsumanten vor diesen Ablass bald etwas merken. Wichtig ist die Klärung, daß an die Verteilung von Brot und Kartoffeln zurzeit nicht zu denken ist. Das nimmt den Verbraucherinnen viel von ihrem Wert.

Wichtig ist, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten hauptsächlich durch die englischen Aushungerungspläne verursacht sind. An Strategien darauf hat es auch in der Arbeiterpresse nicht gefehlt. Diese englischen Aushungerungspläne unterbinden uns nicht nur die Zufuhren, sie ermöglichen auch den

inländischen Bucherern und Halsabschneidern, ihr unsauberes Gewerbe zu betreiben. Es wäre jedoch unredlich, wollte man dieses gemeinschädliche Treiben durch den Hinweis auf die englischen Aushungerungspläne zu bemänteln suchen. Für das Ausbleiben der Zufuhren, die uns durch die englische Absperrung ferngehalten werden, kann man unsere Regierung nicht verantwortlich machen, dagegen müssen wir es ihr als Vorwurf anrechnen, daß sie nicht mit der erforderlichen Umsicht und Strenge eingegriffen hat, um die gerechte Verteilung der im Lande vorhandenen Lebensmittel zu ermöglichen und den Bucherern ihr schmutziges Handwerk zu legen. Der Brief des Reichskanzlers stellt in mancher Hinsicht eine Besserung der Verhältnisse in Aussicht. Nach den mannigfachen Enttäuschungen, die wir erleben mußten, fällt es aber schwer, neue Hoffnung zu schöpfen.

Die Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge

wird für die Hinterbliebenen der im Kriege fallenden, bei ihr versicherten Kriegsteilnehmer nach Schluß des Krieges ein ganz erfreuliches finanzielles Ergebnis bieten können. Es sind von den bis jetzt bei ihr etwas über 50 400 versicherten Kriegsteilnehmern im ganzen wenig über 1000 als tot gemeldet, was einer Sterblichkeit von etwa 2 Prozent entspricht. Dadurch ist die Annahme, daß nicht mehr als 5 Prozent Verluste zu erwarten sind, noch vollaus berechtigt, obwohl bei einzelnen Berufsgruppen, wie z. B. bei den im Verband organisierten Buchdruckern, ein wesentlich höherer Prozentsatz an Gefallenen leider festzustellen ist. Bei einem 5prozentigen Verlust würden auf einen Anteilsschein für 5 Mk. 125 Mk. zur Auszahlung gelangen; ein Resultat, das die Volksfürsorge sicher am meisten freuen würde.

Die Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge bietet auch die Möglichkeit zur Eingehung einer Kriegswaisenversicherung. Für jeden Kriegsteilnehmer können bei der Kriegsversicherungskasse bis zu 20 Anteilsscheine zum Preise von je 5 Mk. gelöst werden. Bis zum 15. August sind schon für 50 158 Kriegsteilnehmer 371 330 Mark eingezahlt worden. Die ganze eingehende Summe kommt vier Monate nach Friedensschluß unter die Hinterbliebenen der im Kriege fallenden Versicherten zur Verteilung. Es kommt dadurch für jede Familie eine Summe in Betracht, die ganz oder zum größten Teil ausreichen wird zur Einzahlung der einmaligen Prämie für eine Lebensversicherungspolice eines oder mehrerer Kinder bei der Kriegswaisenversicherung der Volksfürsorge. Es können auf diese Weise Vereine und Privatpersonen ohne Anwendung großer Mittel dafür Vorsehung treffen, daß beim eintretenden Todesfälle von ihnen nahestehenden Kriegsteilnehmern für deren Kinder zu den wichtigsten Lebensabschnitten, bei deren Erreichen das Vorhandensein von Geldmitteln eine große Hilfe ist, diese Hilfe sichergestellt wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 38. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Allen Mitgliedern, die vom Seeresdienst entlassen oder zur Arbeit beurlaubt resp. kommandiert werden, empfehlen wir dringend, sich in der Zahlstelle, der sie angehören oder wo sie in Arbeit treten, möglichst sofort unter Vorzeigung ihres Militärpasses anzumelden, damit ihnen spätere Unlieblichkeiten erspart bleiben. Die Vorlegung des Militärpasses bei der Anmeldung ist aus dem Grunde erforderlich, damit die Zahl der beitragsfreien Wochen genau festgestellt und in dem Mitgliedsbuch bescheinigt werden kann.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Herringen. In der hiesigen Waggonfabrik haben sich Zustände entwickelt, die wir einmal der Öffentlichkeit unterbreiten müssen, weil auf anderem Wege eine Abstellung der Mißstände nicht möglich ist. Der Willkür der beiden der Holzbearbeitung vorstehenden Meister Diening und Hellemann ist Tür und Tor geöffnet. Der bestehende Akkordtarif wird nicht mehr beachtet. Meister Hellemann erklärt einfach: „Ich teile die Arbeiten so ein, wie ich es für nötig halte, und höre mich nicht an den Tarif.“ Oder: „Ich mache die Preise und ihr macht die Arbeit.“ Willkürliche Anordnungen werden bezüglich der Ueberzeit- und Sonntagsarbeit erlassen; weigert sich ein Arbeiter, diesen Anordnungen Folge zu leisten, so wird er an schmutzige Arbeiten gestellt. Es wird mit härteren Strafbestimmungen gedroht und teilweise auch durchgeführt. Abjüge motiviert Meister Hellemann mit Redensarten, wie: „Ihr habt ja noch Geld genug stehen.“ Einzelnen Arbeitern wurden im Verlaufe eines Monats Abzüge von 2 bis 26 Mk. gemacht. Ein Arbeiter, welcher vergessen hatte, einige Scharnierbänder zu schmieren, wurde dafür vom Meister Diening als Faulenzer beschimpft, und außerdem wurden ihm bei der nächsten Lohnzahlung 10 Mk. abgezogen. Der Meister erklärte, diesen Abzug absichtlich gemacht zu haben, um den Arbeiter wegen seiner Grobheit zu bestrafen. In den Augen des Meisters Diening scheinen alle Arbeiter von Faulheit besessen zu sein; spricht er sich doch ungeniert aus, daß seitens der Arbeiter die Arbeiten künstlich in die Länge gezogen würden, nur damit sie für die kommenden Arbeiten höhere Preise fordern könnten. Einem Arbeiter, welcher 17 Jahre im Betrieb beschäftigt war und nun in Kündigung stand, wagte derselbe Meister zu sagen: „Sie wollen sich wohl noch einmal ordentlich drücken, Sie Faulpelz!“ Die Holzbearbeitungsmaschinen befinden sich in einem schlechten Zustand, die Arbeiter an den Maschinen sind teilweise nicht genügend eingearbeitet; das zu verarbeitende Material läßt oft viel zu wünschen übrig; des öfteren werden zuviel Arbeiter an einer Arbeit beschäftigt, dann wieder zuwenig. Eine Anzahl Gefangene, die im Beruf überaus rüchlos sind, werden den einzelnen Kolonnen zugeteilt. Unter Berücksichtigung dieser und einer Anzahl weiterer Umstände konnte es dann

auch vorkommen, daß ein vor einiger Zeit fertiggestellter D-Zug-Wagen einen Kostenaufwand von 480 Mk. erforderte, während die Arbeiter dafür nur 100 Mk. angeschrieben erhielten. Die Differenz muß einfach von früher erzielten Akkordüberschüssen gedeckt werden. Ueber dieses System werden schon jahrelang Klagen geführt, aber geändert wird an dem Zustande nichts. Es kommt vor, daß Arbeiter, die nach den Angaben der Meister ausgeführt, dann wieder verworfen werden. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, die auf ihre Kosten diese Umänderungen bestreiten müssen. So erforderte letzthin noch eine solche Umänderung einen Zeitraum von acht Tagen, der betreffende Arbeiter bekam dafür nichts. Eine Verständigung mit den Meistern über solche Differenzen ist nahezu ausgeschlossen. Suchen die Arbeiter dann Hilfe und ihr gutes Recht beim Direktor Fehr, dann laufen sie Gefahr, mit denselben Ausdrücken bedacht zu werden wie von Seiten der Meister, oder aber man läßt sie stehen und würdigt sie überhaupt keiner Antwort. In diesen Zuständen tragen die Arbeiter selbst ein vollgestülptes Maß von Schuld. Die Fahrenflucht aus den Organisationen, die Furcht vor dem Schlägen, die Unzuverlässigkeit der Arbeiter gegenüber dem Arbeiterausschuß, ihre Liebedienerei gegenüber den Meistern usw. haben diese Früchte allmählich reifen lassen. Hoffentlich sehen die Arbeiter bald restlos ein, daß sie auch heute während des Krieges ein anständiges, würdiges Benehmen und angemessene Bezahlung ihrer Arbeitsleistung seitens der Meister und der Betriebsleitung zu beanspruchen haben.

Lohnbewegungen und Steuerungszulagen.

In Coburg erzielten unsere Kollegen bei der Firma Senkeisen eine Steuerungszulage für die Verheirateten von 2 Mk., für die Ledigen von 1 Mk. die Woche. Die Firma Bernstein u. Saalfeld erhöhte nach Verhandlung mit unseren Kollegen die Stundenlöhne von 45 auf 55 Pf. Mögen diese kleinen Erfolge alle unsere Kollegen anspornen, auch weiterhin dem Verband treuzubleiben und tüchtig mitzuarbeiten, damit wir recht bald noch mehr Erfolge berichten können. Notwendig wäre insbesondere ein besserer Besuch der Versammlungen. Besonders für die Korbmacher, die die günstige Gelegenheit, ihre Lage zu verbessern, verschlafen haben, ist ein Zusammenschluß höchste Zeit, denn bei ihnen merkt man nichts von Steuerungszulagen noch von Tariflöhnen. Gibt es doch hier noch Unternehmer, die heute noch dieselben Stücklöhne zahlen wie vor dem Kriege!

In Offenbach haben endlich auch die Unternehmer, soweit sie dem Arbeitgeber-Schutzverband angehören, sich bewegen lassen, eine Steuerungszulage von 5 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Da die Frankfurter Unternehmer dieselbe Zulage gewähren, war vorläufig nicht mehr herauszuholen. Da sich jedoch die Geschäftslage von Tag zu Tag bessert, werden wir in Kürze Gelegenheit haben, nochmals bei ihnen anzuklopfen. Daß unsere Unternehmer nicht unbeherrschbar sind, zeigte die letzte gemeinschaftliche Sitzung. Der Vorsitzende der Arbeitgeberorganisation gab nämlich die Erklärung ab, daß sie zur Einsicht gekommen sind und die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit erkannt hätten. Wir können einen solchen Entschluß nur begrüßen und hoffen, daß die Herren nicht so bald wieder rückfällig werden und ihre alte Taktik in Anwendung bringen. In dieser Sitzung wurde eine Kommission, zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer, bestimmt, welche alle uns gemeinschaftlich berührenden Fragen zu erledigen hat. Jedenfalls haben die Vorgänge in letzter Zeit wesentlich dazu beigetragen, bei den Unternehmern die Sinnesänderung herbeizuführen.

Aus der Holzindustrie.

Aus der Waggonbauindustrie.

Die deutschen Waggonfabriken sind im allgemeinen gut beschäftigt und werfen den Aktionären reiche Gewinne ab. So erzielte die Hannoverische Waggonfabrik A.-G. in Hannover-Linden im letzten Geschäftsjahr einen Betriebsgewinn von 4 489 976 Mk. gegen 1 718 938 Mk. im Vorjahr. Der Reingewinn stieg von 386 150 Mk. auf 1 958 439 Mk., und die Dividende konnte von 10 auf 25 Prozent erhöht werden. Die Gesellschaft rühmt im Geschäftsbericht die große Leistungsfähigkeit ihrer Anlagen, die früher nicht vollständig ausgenutzt werden konnten, ihr aber jetzt gestatten, in Verbindung mit den Neuanlagen, den Umfang und die Güte ihrer Erzeugnisse beträchtlich zu erhöhen und ein außergewöhnliches Maß von Aufträgen zu übernehmen.

Recht günstig ist auch der letzte Abschluß der Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. Barmen. Hier stieg der Betriebsgewinn von 2 146 439 Mk. auf 2 957 055 Mk. Die Dividende, die im Vorjahre an die Besitzer von Vorzugsaktien mit 20 Prozent ausgeschüttet wurde, konnte auf 22 1/2 Prozent erhöht werden. Die Vorzugsaktien beziehen 17 1/2 Prozent Dividende gegen 15 Prozent im Vorjahr. Auch dieser Betrieb hatte, wie der vorgenannte, umfangreiche Kriegsaufträge. Wie die Hannoverische Fabrik, so erzielte auch die Barmener die große Zahl der zum Seeresdienst einberufenen Arbeiter durch Einstellung ungelerner Arbeiter und insbesondere auch weiblicher Hilfskräfte. Beide Fabriken erwähnen in ihrem Geschäftsbericht auch die Verwendung kriegsgefangener Handwerker. Zur Bewältigung der Aufträge wurde reichlich Ueberzeit- und Nachtarbeit geleistet. In der Generalversammlung der Waggonfabrik A.-G. vom 8. Herbst u. Co. in Köln-Ehrenfeld, in welcher die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent beschlossen wurde, konnte der Vorsitzende die finanzielle Lage des Wertes als eine sehr gute bezeichnen. Die Linke-Hofmann-Werke in Breslau waren im Jahre 1915 gleichfalls gut beschäftigt. Die Dividende konnte auf 17 Prozent erhöht werden. Hierbei muß aber daran erinnert werden, daß die von den Linke-Hofmann-Werken kurz vor dem Kriege vorgenommenen Transaktionen den Zweck hatten, die ungeheuren Gewinne der Gesellschaft nach außen weniger in Erscheinung treten zu lassen. Der Gewinn der Aktionäre ist also weit höher, als der Dividendenanspruch erkennen läßt. Gut beschäftigt ist auch die Waggonbau-Akt.-Ges. in Wismar. Vor kurzem wurde gemeldet, daß diese Firma große Aufträge zur Liefer-

nung von Eisenbahnwagen von der schwedischen Staatsbahnerwaltung und von der Direktion der holländischen Eisenbahnen erhalten hat.

Die glückliche Lage der Waggonbauindustrie ist ein starker Anreiz zur Errichtung neuer Betriebe dieser Art. Den bestehenden Waggonfabriken ist die ihnen drohende Konkurrenz wenig angenehm.

Dieses trübe Bild harmoniert aber gar nicht mit den guten Abschlüssen der bestehenden Waggonfabriken. Die Warnung des Verbandes Deutscher Waggonfabriken hat wohl deshalb nicht sehr abschreckend auf die Unternehmungslust in der Waggonbauindustrie gewirkt.

Das gleiche Vertrauen in die Zukunft der Waggonbauindustrie wie bei der Verwaltung der Aktiengesellschaft Schöndorf scheint auch an anderen Stellen vorhanden zu sein.

Die Beteiligung der Gothaer Waggonfabrik an dieser Neugründung nimmt der oben erwähnten Warnung des Verbandes Deutscher Waggonfabriken viel von ihrem Wert.

Wüdes Geschwäh. In neuerer Zeit ging wieder einmal das blödsinnige Gerücht durch die Presse, die Sozialdemokratische Partei oder die Gewerkschaften hätten ihr Verlangen in England angelegt.

hoben und bei der Bank von London niedergelegt habe." Die Titanei geht noch ein bißchen weiter, und das "Eislergewerk" bemerkt aus eigenem Munde, daß seines Wissens die Gewerkschaftspresse die Verantwortung der im Anschluß an diesen Schwindel aufgeworfenen Frage bisher vermieden habe.

Eigentlich ist dieses blöde Geschwäh nicht wert, daß man sich damit beschäftigt, und das "Eislergewerk" hat ja die Notiz auch lediglich übernommen, um den ihm so "sympathischen" Gewerkschaften eins auszuwaschen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften und die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Nach Köln war anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge veranstaltet worden. An besondere Veranstaltungen der Deutschen Vereinigung für Kruppelfürsorge und einen Vorkongress schloß sich vom 23. bis 25. August die vom Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge einberufene Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge, die aus allen Kreisen der Bevölkerung sehr zahlreich besetzt war.

Nach dem uns zugegangenen Bericht wurde die Versammlung am 23. August von Legien eröffnet, der die anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Geib, als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, den Herrn Geheimrat Dr. Pannwitz, als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim General-Gouvernement in Belgien, und Herrn Dr. P. Hirschfeld (Berlin) begrüßte.

Konferenz wird gebildet von den Herren Legien (General-Kommission der Gewerkschaften), Wiesberts (Verband der Deutschen Gewerksvereine), Hartmann (Polnische Berufsvereinigung), Das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge erstattet Reichstagsabgeordneter Wels (Berlin). Seine Ausführungen wurden durch den zweiten Referenten, Strecker (Berlin), ergänzt. Nach gepflogener Aussprache einigte sich die Versammlung auf folgende

Entscheidung:

Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die kriegsverletzten und kriegserkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seither an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt.

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigen Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gezielte Neuregelung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnach-

Arbeitslosigkeit im Monat August 1916.

Table with columns: Gau, Zahlstellen haben berichtet, Mitgliederzahl am Schluß des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Orte (vorigen Monat, Zugang in diesem Monat, Gesamtzahl, am letzten Tage d. Monats), Unterstüzung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise).

Table with columns: August 1916, Zahlstellen haben berichtet, Mitgliederzahl am Schluß des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstüzung haben erhalten.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Bromberg, Goldap, Löben, Ruch - Grevesmühlen, Güstrow, Stargard - Gleiwiß - Oderberg, Sommerfeld - Döbeln, Großhartmannsdorf, Liebenwerda - Brambach, Markneukirchen, Penig - Schlotheim, Schwarza, Suhl - Goslar, Salzweil - Eutin - Münden - Beckum, Dortmund, Gelsenkirchen, Lüdenscheid, Siegen - Feggenheim, Pirmasens, Wehlar - Georgensmünd, Kronach, Witth, Röthenbach, Rothenburg a. T., Saffanfahrt - Wolfratshausen - Asperg, Bruchsal, Weisingen, Mühlheim a. D., Nagold, Radolfszell, Trostingen, Tübingen, Wiernsheim.

Table with columns: Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei: Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats (1911-1916), Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage (1911-1916).

weisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstanzen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebene Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksamste Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Diese Entschließung wurde am folgenden Tage von dem dazu beauftragten Abgeordneten Giesberts als Willensäußerung der beteiligten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in der Vollversammlung des Kongresses verlesen.

Des weiteren beauftragte die Versammlung die Zentralstellen der Organisationen, weiterhin gemeinsam an der Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu arbeiten. Hierzu wurde folgendes beschlossen:

Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichsanwalt dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;

8. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;

4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.

Eine Erklärung gegen die Gelben. Nach Erledigung der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde einstimmig die nachstehende Erklärung beschlossen:

Angeichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Wertvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von Seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.) und der Polnischen Berufsvereinigung sowie des Deutschen Wertmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Rundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.

Die Steuerzulage im Baugewerbe.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat an den Staatssekretär Helfferich eine Eingabe gerichtet, in welcher daran erinnert wird, daß die unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern zustande gekommene Verlängerung des Tarifvertrages im Baugewerbe, die den Bauarbeitern eine hohe Steuerzulage sichert, nur durch den Umstand ermöglicht wurde, daß das Reichsamt des Innern den Arbeitgebern die Zulage gab, es würde bei den bauenden Be-

hörden des Reichs und der Bundesstaaten darauf hinwirken, daß den durch Bauvertrag gebundenen Baugewerbetreibenden die Zulagen zurückerstattet werden, soweit sie bei Uebernahme der Arbeiten noch nicht vorausgezahlt waren. Die Unternehmer fühlen sich nun beschwert, weil ihre auf diese Zulage gegründeten Erwartungen vielfach getäuscht wurden. Sie verlangen, daß die maßgebenden Stellen ihre Haltung endlich in Uebereinstimmung mit der Forderung des Reichsamtes des Innern bringen, da andernfalls ihr Vertrauen zu diesem Reichsamt als Vermittler bei künftigen Lohnstreitigkeiten verlorengehen würde. Viele Arbeitgeber erwägen bereits den Rücktritt von der undurchführbar gewordenen Vereinbarung, und andere wollen den Weg der Klage beschreiten, weil sie es als ein Gebot der guten Sitten erachten, daß Reich und Staat die Folgen des Eingreifens des Reichsamtes des Innern auf sich nehmen und nicht ihre Beauftragten unter den auf Grund dieses Eingreifens erforderlichen Mehraufwendungen leiden lassen.

Der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiter-Verbandes, hält den Wunsch des Arbeitgeberbundes für berechtigt, glaubt aber, daß der Arbeitgeberbund und seine Mitglieder an dem ablehnenden Verhalten der Behörden nicht unschuldig wären. Im ersten Kriegsjahr haben die Behörden für ihre Bauten riesig erhöhte Preise gezahlt, in der Meinung, daß die Unternehmer den Arbeitern auch höhere Löhne zahlten. Tatsächlich haben aber die Arbeitgeberverbände ihren Mitgliedern die Zahlung von Zulagen an die Arbeiter verboten. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß die einmal eingegangenen Verträge ohne Rücksicht auf nicht vorhergesehene Dinge unter allen Umständen zu halten seien. Damit haben sie sich keinen guten Dienst erwiesen, denn die Behörden können den Arbeitgeberbund nun mit seinen eigenen Waffen schlagen.

Literarisches.

Zwei Jahre! Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten. Von Max Adler. Nürnberg, Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei. Preis 70 Pf.

Gestorbene Mitglieder.

- Erdmann Wiesner, Tischler, 41 J., gest. in Hofst.
 - Alfred Wolf, Tischler, 34 Jahre, gest. in Blauen.
 - Theodor Woreschke, Tischler, 51 J., gest. in Görlitz.
 - Paul LaCombe, 55 Jahre, gest. in Gelsenkirchen.
 - Gustav Schäfer, Stuhlbauer, 44 J., gest. in Schweikershain.
 - Karl Jos. Ibricht, Maschinenarbeiter, gest. in Kirchzell.
 - Paul Neumann, Tischler, 38 Jahre, gest. in Stettin.
 - Albert Hades, Tischler, 54 Jahre, gest. in Stettin.
 - Gustav Günther, 62 Jahre, gest. in Heidelberg.
 - Johann Engelhardt, Drechsler, 33 Jahre, gest. in Nürnberg.
 - Rich. Sperling, Modelltischler, 20 J., gest. in Leipzig.
- Ehre ihrem Andenken.

Maschinenarbeiter und Tischler

auf andauernde Heeres- und Bauarbeit zu den mit dem Verbands neu vereinbarten Löhnen gesucht.
Emil Kirchner, Baufabrik, Großenhain (Sa.).

Tischler zur Aufsicht und Instandhaltung des Möbellagers, der auch zeichnen und mit der Rundschäft verkehren kann, gesucht.
J. S. Carstens, Hfensburg.

4 bis 5 tüchtige

Polierer

für feine Möbel und Bauarbeit bei hohem Lohn für dauernd gesucht.
Joseph Erier, Hofmöbelfabrik, Darmstadt.

Mehrere Stuhlbauer auf bessere Stühle, Sessel und Garnituren finden dauernde und gutlohnende Arbeit.
Kürth & Bieber, Geringswalde i. Sa.

60 Stuhlbauer Sesselbauer Tischler

sofort gesucht bei höchsten Löhnen. Reisevergütung nach 14 Tagen. Meldungen an **Erzgebirgische Holzindustrie Aktiengesellschaft Brand-Erbisdorf b. Freiberg in Sachsen.**

Einige Stuhlbauer finden sofort lohnende Beschäftigung.
Brede & Schwarz, Stuhlfabrik, Diemberg i. Lippe.

Drechsler

bei hohem Lohn für dauernd gesucht. Qualdrechsler bevorzugt, jedoch nicht Bedingung.
R. Agesberger, Rünchen, Augsburg. Straße 10/0.

Aus Amerikas Arbeiterbewegung. Von E. Logien. Mit zahlreichen Abbild., 208 Seiten, eleganter geb., nur 2 Mk. (Aus Leben und Arbeit in der neuen Welt). Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Tüchtige Korbmacher
für Geschoßkörbe zu Tarifklasse I werden eingestellt.
Theodor Reimann, Rgl. Postleferant, Dresden-N., Königstr. 3.

4 bis 6 Korbmacher auf 15-Zentimeter-Langgranatenkörbe (66er) zum Lohnstarif Klasse I für dauernd sofort gesucht.
Otto Goldschmidt, Dederan (Sachsen).

4 Korbmacher auf Grün, Gematt, Kohlen- und Kartoffelkörbe stelle sofort ein. 20 Prozent Tarifzuschlag.
Gottfried Wolle, Bergen (Insel Rügen).

Mehrere Korbmacher auf grün Gematt oder weiß Geschlagen und etwas Gestellarbeit bei hohem Lohn sofort gesucht.
Johann Fall, Rostock (Mecklbg.).

Ca. 20 Korbmacher werden eingestellt:
ca. 10 Korbmacher, bei sehr hohem Lohn, für Mattarbeiten;
ca. 5 Korbmacher, bei sehr hohem Lohn, für Schichtarbeiten;
ca. 5 Korbmacher für Heereslieferungen.
Ad. Sägmilch jun., Korbwarenfabrik, Zangerhütte.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bewaltet vom Arbeitgeber-Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 2. September, bis Freitag, 8. September 1916.
A = Im Laufe der Woche bestellte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	2910	36	36 80	24	26	28	30	—	48	2	—	6	123	20	64	246	116	204			
Bremen	9	3	—	9	5	—	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	3	8	2	1	12	—	2	2	—	1	2	—	—	—	2	6	3	9	30	5	—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	2	22	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	—	1	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	2015	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	4	7	10	14	52	—	5	5	6	3	5	12	4	2	4	1	3	4	6	55	85
Lübeck	3	7	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	6851	48	69	22	29	38	31	36	16	50	4	4	7	128	34	87	343	352	232		
Vor. Woche	5940	55	57	207	34	52	20	24	38	17	44	7	5	7	136	20	76	349	300	240	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

5 Korbmacher auf 66er Langgranaten (grüne Weide), nach Tarifklasse I entlohnt, sucht
Bruno Klingner, Rabenau-Dresden.

Korbmacher auf Grillgeschlagen und Mattarbeit bei 50 Prozent Tarifzuschlag sucht
S. Kühn, Kößgenbroda.

Korbmacher auf Geschoß- und Transportkörbe für dauernd gesucht.
Arthur Uhlmann, Erzeug. Korbwarenfabrik, Reutkirchen i. Erzb.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe, Rohrstaten und Weibengestalt sowie 15-Zentimeter-Langgranatenkörbe gesucht. Lohnstarif Klasse I.
S. Kühn, Kößgenbroda (Sa.).

2 Bürstenmacher auf Besen, Mischen und Haarpuzen und 2 Einzler auf Schrubber und Scheuerbürsten, 1000 Loch 1,20 Mk., gesucht.
Hermann Lehnhoff, Gildesheim, Osterstraße 11.

Holzarbeiter für Pantinenhölzer kann eintreten. Lohn 13, 14 und 15 Pf. pro Paar grünes Pappelholz.
F. Herrmann, Rowawes, Turnstr. 2.

2000 Radbügel aus bester Rotbuche, 60x60x1202 Millimeter, für leichte Proviantwagenräder 95 R. R., trocken und astfrei, für sofortige Lieferung zu kaufen gesucht.
Louis Ebdow, Hannover-Badenstedt.

Volkserzählungen von Volkst., gebunden 50 Pf.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Bei Bedarf an **Bleistiften und Maßstäben** verlange man Preisliste von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Chemnitz. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe befindet sich in der 4. Hofstr. im Grundriss des städtischen Arbeitsnachweises. Die Kollegen sind verpflichtet, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umgehungen, schriftliche Anfragen und Bescheidigungen ist streng verboten.

Zwickau-Verband. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe befindet sich in Zwickau, Feuzere Leipziger Straße 2, und ist geöffnet jeden Wochentag von 9 bis 10 Uhr. Die Kollegen sind verpflichtet, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Umgehungen sowie schriftliche Anfragen sind streng verboten.

1 Tischler für Bank- und Maschinenarbeit und

1 Gatterschneider sucht u. erbittet Angebote mit Lohnforderung
Emil Grimm & Co., G. m. b. H., Strelitz (Meckl.).

Gesucht mehrere Tischler für einfache und bessere Möbel sowie auch bessere Bauarbeit.

Paritätischer Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe, Lübeck, Hühnerstr. 28.

Mehrere tüchtige Tischlergesellen, auf furnierte Möbel gut eingerichtet, flotte, saubere Arbeiter, stellt für dauernd sofort ein
Leisch & Schulz, Möbelfabrik, Laffan (Kreis Greifswald).

Tüchtige Möbeltischler stellt für dauernd ein
Stuhlfabrikerei Hirschwald, Weimar, Cranachstr. 28.

Tischler, tüchtige, für furnierte Möbel sofort gesucht.
Herrn. Dreyfuß, Möbelfabrik, Bad Salzungen, Wilhelmstr. 9.

Mehrere tüchtige ältere militärfreie **Möbeltischler,** welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
Richard Elze, Süßener & Co., G. m. b. H., Dessau.